

Rede des Vorsitzenden der Fraktion SPD, Prof. Jürgen Rolle, zur Verabschiedung des Haushalts 2015/2016 in der Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland am 28. April 2015

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Frau Landesdirektorin mit Verwaltungsvorstand,
liebe Gäste aus Westfalen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Neu für Sie, Neu für mich, begründet durch meine neue Funktion, ich starte heute mit dem Thema „Kultur“ ... die – laut Karl Valentin - ... „schön ist aber viel Arbeit macht“.

Ich denke, es ist den wenigsten Menschen im Rheinland bekannt, welcher Einsatz an Ressourcen, Kreativität, Können und Wollen notwendig ist, um die beeindruckende Vielfalt und Qualität an kulturellen Angeboten des LVR für die Menschen in der Region aufrecht zu erhalten! Das profilierte und herausragende Programmangebot der LVR-Kultur zur Umsetzung des uns aufgetragenen kulturellen Bildungsauftrages kann nur ohne Substanzverlust aufrecht erhalten bleiben, wenn die finanzielle und personelle Unterstützung nachhaltig gesichert bleibt. Denn nur dann können wir auch die von unseren Kommunen dringend gewünschten kulturellen Dienstleistungsaufgaben wahrnehmen. Ein Grund dafür, die Stellen in Brauweiler und Düsseldorf aufzustocken – ein Feld, in dem sogar die Refinanzierung durch entsprechende Einnahmen teilweise gesichert ist.

Schade, dass in diesem wichtigen Feld die Arbeit der Kulturverwaltung bei Grünen, Linken und Freien Wählern im Kulturausschuss zunächst keine Zustimmung fand. Das hat sich aber im laufenden Prozess dann rasch geändert. Offensichtlich waren unsere Argumente „pro“, Herr Prof. Peters, dann doch überzeugend.

Trotz aller Konsolidierungsbemühungen – auch im kulturellen Bereich: Wir stehen zu allen Beschlüssen, die der Sicherung und der Vermittlung des reichhaltigen kulturellen Erbes im Rheinland dienen!

Alle LVR-Förderlinien, so z. B. Museumsförderung, Archivförderung, Projektförderung im Rahmen der regionalen Kulturförderung, sind (nachhaltig) im künftigen Haushaltszyklus finanziell ausgestattet.

Alle Netzwerkpartner des LVR können sich auf bisherige vertraglich gültige Regelungen bzw. Zusagen im Bezug auf die jeweiligen Zuschüsse verlassen. Und das will schon etwas heißen: Denn gerade die bekannte finanzwirtschaftliche Lage im Hinblick auf die Zinsentwicklung bringt das einst gepriesene Stiftungsmodell und somit auch viele Stiftungen in bedrohliche Existenznöte.

Beispielhaft geht der LVR auch vor, in dem er kulturpolitische Schwerpunkte setzt: Sei es durch die Bereitschaft, 2000 Jahre jüdischen Lebens im Rheinland an historischer wie prominenter Stelle in Köln zu präsentieren. Sei es durch die Betriebsführung bzw. die geplante Trägerschaft des Preußen-Museums in Wesel, die Würdigung der Verfolgten Künste durch die Gründung eines gleichnamigen Zentrums in Solingen oder sei es durch ein rheinlandweit angelegtes Verbundprojekt „1914 Mitten in Europa. Das Rheinland und der Erste Weltkrieg“, ein Projekt mit dem über 360.000 Besucherinnen und Besucher erreicht werden konnten und dies für ein Ereignis, dessen uns alle bis heute berührenden, gravierenden Folgen vielen Menschen erst durch den Besuch des Projektes deutlich wurde.

Herzlichen Dank dafür an Milena Karabaic und ihr gesamtes Dezernat.

Nun zum zentralen Thema unseres Verbandes, der Inklusion.

Wer den Koalitionsvertrag von CDU und SPD gelesen hat, dem ist eins klar geworden: Die Schaffung von inklusiven Lebensverhältnissen für alle Menschen im Rheinland, das haben wir uns auf die Fahne geschrieben, das ist Leitbild unseres Handelns!

Egal, um welche Thematik es geht, das übergeordnete Ziel ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rheinland. Und glauben Sie mir, was hierzu durch diesen Verband gemacht werden kann, wird diese Koalition umsetzen.

Egal,

- ob es um die Entwicklung einer Inklusions-App geht (LA gg. FDP und Linke bei Enthaltung Grüne),
- ob es um die Flüchtlingshilfe geht,
- ob es um Erprobung innovativer Hilfsmittel geht (Inklusionsausschuss Enthaltung Grüne, LA einstimmig),
- ob es um die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingskindern an unseren Schulen und Kliniken geht (hierzu gibt es übrigens ein sehr „buntes“ Abstimmungsverhalten der Opposition, Grüne – 3 mal Enthaltung, zweimal zugestimmt und final in Fi und LA sogar dagegen),
- ob es um den Notfalltopf geht, dem nicht mal Grüne und Linke zustimmen wollten, oder
- um die Neuaufstellung der Rheinischen Beamtenbau, die die FDP offensichtlich verhökern will, statt diese Chance zu nutzen.

•

All diese Anträge und viele mehr lassen erkennen, wo der LVR hin soll.

„Inklusion ja“, das sagen alle. Dass wir aber auch bereit sein müssen, Arbeit und Geld zu investieren, damit die Menschen im Rheinland möglichst bald in Verhältnissen leben, die der Behindertenrechtskonvention entsprechen, diese Verantwortung, meine Damen und Herren, übernimmt die Große Koalition, und dazu stehen wir auch !

Denn wie Herr Rehse es im LVR-Report als politisches Ziel formuliert, ich zitiere „ ... „Inklusion mit Augenmaß“ (was auch immer das heißen soll) ... „nicht ideologischen Wunschvorstellungen untergeordnet und die auch den Aspekt der Finanzierung nicht vergisst“, dazu sage ich ganz klar: Wenn Sie die Bemühungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, d.h. zur Durchsetzung eines Menschenrechtes als

„ideologische Wunschvorstellungen“ bezeichnen, werden Sie tatsächlich bei uns keine Unterstützung finden.

Und wenn dann, liebe Kolleginnen von den Grünen, in einigen Ausschüssen und auch abschließend im Landschaftsausschuss einem Antrag die Zustimmung verweigert wird, der darauf abzielt, Flüchtlingskinder zu behandeln und zu beschulen, dann bin ich schlicht sprachlos.

Und wenn dann über meine Fraktion im Zusammenhang mit der Bildung der Großen Koalition gesagt wird, ich zitiere: „offensichtlich war der SPD das Tempo jetzt wohl zu hoch. Sie tritt kräftig auf die Bremse und hat in der CDU den ebenbürtigen Partner gefunden.“, dann kann ich nur anmerken: Da sind wir ja richtig froh, den „ebenbürtigen Partner“ gefunden zu haben, um unsere Ziele für alle Bürgerinnen und Bürger im Rheinland ... und eben auch für Flüchtlinge, behinderte Menschen, psychisch Kranke durchsetzen zu können, denn, liebe Frau Beck, ... die Wörter „Schnellzug“, „Tempo“ und „Grüne“ in einen Satz zu packen, ist nicht nur ambitioniert, sondern erinnert eher an „Wünsch' mir was“ und hat mit der „Ja, so isse“-Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland verfolgt mit Ihren politischen Aktivitäten einen ganzheitlichen Ansatz. Einer unser dezernatsübergreifenden Schwerpunktthemen in dieser Legislaturperiode ist die Sicherstellung einer effizienten Aufgabenerledigung durch die LVR-Verwaltung. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mit dem Antrag 14/48 unsere Zielsetzung klar formuliert: „Der Landschaftsverband Rheinland stellt sich im Fokus qualitativ hochwertiger und effektiver Aufgabenerledigung und Dienstleistungen den Anforderungen an eine bürgernahe, flexible und moderne Verwaltung.“

Eine effiziente und bürgernahe Aufgabeerledigung bedeutet für uns insbesondere auch einen **nachhaltigen** Einsatz der im Haushalt bereitgestellten Mittel. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Sozialhilfe. Die Produktgruppe „Soziales“ bildet mit einem Aufwandsbudget von rd. 3 Milliarden Euro rd. 80 Prozent des Gesamtbudgets des LVR ab. Schwerpunkte bilden wie auch in den Vorjahren die Leistungen für Menschen mit Behinderung zum Wohnen sowie zur Beschäftigung. Letzteres in der Regel als Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Insgesamt erhalten im Rheinland zwischenzeitlich rd. 70.000 Menschen mit Behinderung Eingliederungshilfen!

Im Bereich der Wohnhilfen wurde in den zurückliegenden zehn Jahren im Rheinland viel erreicht, zwischenzeitlich lebt jeder 6. Mensch mit Behinderung, der Eingliederungshilfen erhält, in einer selbstständigen Wohnform. Das sind, Herr Rehse, keine „ideologischen Wunschvorstellungen“, das ist der Beweis dafür, dass die mit diesen Leistungen verbundenen Haushaltsmittel nachhaltig, d.h. zur finanziellen Entlastung der Kommunen und zum Wohle der betroffenen Menschen, verwendet wurden. Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung, haben die durch unsere Anträge gesetzten Akzente geleistet. Wir können im Rheinland mit Stolz auf das Erreichte schauen. Für uns aber auch Antrieb, die Leistungen weiterzuentwickeln, um noch mehr Menschen mit Behinderung eine autarke, selbstständige Wohnform zu ermöglichen. Hier setzen wir auf eine weitere Ausdifferenzierung der finanzierten Leistungen wie auf eine inklusive Gestaltung der Sozialräume – d.h., dort, wo die Menschen mit Behinderung leben, wo sie ihr zu Hause haben. Hierzu haben wir in diesem Jahr gemeinsam mit der CDU eine

Vielzahl von Anträgen in die Haushaltsberatung eingebracht, die wichtig sind, um die bisherige Entwicklung fortzusetzen.

Eine gleiche Entwicklung wünschen wir uns für die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben.

Wichtig wird daher die frühzeitige Beratung während der Schulzeit sein. Aus diesem Grund hat die GroKo die organisatorische Zusammenführung des LVR- Integrationsamtes mit dem LVR-Fachbereich Schulen initiiert und mit Frau Prof. Faber eine thematisch erfahrende Fachfrau für die Dezernatsspitze gefunden. Für uns stand und steht hier nicht der organisatorische Aspekt im Vordergrund. Die Entscheidung ist eine Maßnahme für eine fachlich/inhaltliche Aufgabenerledigung bei einem nachhaltigen Einsatz der Haushaltsmittel. Wir sind sicher: Die Bündelung der Kräfte wird entscheidend dazu beitragen, gerade jungen Menschen mit Behinderung die Chancen zu eröffnen, eine Ausbildung zu machen und ihnen damit langfristige Perspektiven für eine Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Dies wird ihre Autonomie erheblich stärken und sie zumindest weitgehend unabhängig von Sozialleistungen machen. Und - dies führt am guten Ende auch noch zur Entlastung des Haushaltes und somit unserer Mitgliedskörperschaften.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nachhaltige und am Interesse aller Menschen orientierte Politik!

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rheinland haben wir viel erreicht und wir werden den erfolgreich eingeschlagenen Weg fortsetzen.

Aber: die stetig steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe können von der kommunalen Familie nicht mehr alleine gestemmt werden. Wir brauchen daher die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen für die Eingliederungshilfe – wie in dem Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen in Berlin zugesichert. Ich möchte dies an dieser Stelle nicht erneut ausführlich begründen. Renate Hötte hat hierzu umfänglich in ihrer Haushaltsrede ausgeführt. Dem kann ich mich für meine Fraktion nur anschließen. Und ich appelliere an uns alle: Lassen Sie uns nicht nachlassen, unsere Forderung deutlich zu formulieren und unsere Gremienstrukturen und Einflussmöglichkeiten hierzu zu nutzen. Wir brauchen ein Bundesteilhabegeld genauso wie eine fachliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfen. Beides muss Inhalt des erwarteten Bundesteilhabegesetzes sein!

Und wer – was ich sehr gut finde – seine Partei um Zustimmung bittet, einem Koalitionsvertrag zuzustimmen, der muss die dort getroffenen Vereinbarungen auch einhalten, sonst darf er sich nicht wundern, wenn Genossinnen und Genossen plötzlich nicht mehr „Seit' an Seit' mit der Partei schreiten“, sondern eher streiten und sich den Protesten der Verbände anschließen!

Lieber Herr Lewandrowski, die Arbeit im Bereich der Sozialhilfe ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, die die Verwaltung vor immer neue Herausforderungen stellt. Ich wünsche Ihnen gerade zu Beginn Ihrer Amtszeit viel Erfolg! Die Unterstützung der SPD-Fraktion sichere ich Ihnen zu!

Und lassen Sie mich an dieser Stelle auch nochmals Renate Hötte danken, die während der Aufstellungsphase des Doppelhaushaltes 2015/2016 auch die Leitung des Sozialdezernates übernommen hat und – wie so häufig - gute Arbeit geleistet hat!

Der LVR-Klinikverbund steht weiterhin vor der großen Herausforderung, ein neues Entgeltsystem in den durch Krankenkassen finanzierten Bereichen einführen zu müssen. Wir alle sind froh, dass es mit gemeinsamer Anstrengung im Laufe des Jahres 2014 gelungen ist, eine zweijährige Verschiebung der Einführung des PEPP-Systems erreicht zu haben. Damit haben die gemeinsamen Aktivitäten der Verbände, z.B. die einstimmig beschlossene Resolution gegen das neue Entgeltsystem dieser Landschaftsversammlung, Wirkung gezeigt. Nach wie vor steht der LVR dem System kritisch gegenüber. Deswegen soll in diesem Jahr eine Fachtagung mit einer kritischen Reflexion der möglichen Anwendung des Systems durchgeführt werden. Wir hoffen auf wichtige Impulse für dringend erforderliche Veränderungen.

Wirtschaftlich gesehen steht der LVR-Klinikverbund weiterhin auf gesunden Beinen. Für die Jahre 2015 und 2016 werden wieder deutlich positive Ergebnisse erwartet. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass nach dem aktuellen Krankenhausrating-Report nur noch 50 % der Kliniken positive Ergebnisse erwarten, mit abnehmender Tendenz. Während aber die Betriebskosten unserer Kliniken ausreichend finanziert sind, reichen die durch das Land NRW zu finanzierenden Investitionsmittel für die Krankenhausförderung bei weitem nicht aus, den Investitionsstau bewältigen zu können.

Wir rufen deswegen das Land auf, seiner Verantwortung für die Krankenhausfinanzierung nachzukommen und nicht weiterhin die kommunale Familie zu belasten.

Und natürlich, auch der Krankenhausbereich soll sich an den Zielen der Schaffung inklusiver Lebensverhältnisse beteiligen.

Deshalb muss selbstverständlich auch hier geprüft werden, wie zusätzliche betriebsintegrierte Arbeitsplätze und vor allem neue Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes für Menschen mit Behinderung geschaffen werden können.

Dies hat die Opposition dann im Laufe des Antragsverfahrens auch so gesehen, so dass wir uns jetzt gemeinsam über die Einrichtung eines Integrationsbetriebes in der Kölner Klinik freuen können!

Liebe Frau Wenzel-Jankowski, weiter so!

Zur Jugend !

Die – weitgehend einvernehmliche – Einführung der Kindpauschale war eine schwere Geburt. Wir alle sahen uns großer Kritik ausgesetzt, da – wie immer bei Veränderungsprozessen – viele Ängste ausgelöst wurden, denen wir begegnen und deren Folgen (Proteste) wir uns stellen mussten.

Wir haben diese Pauschale eingeführt, um inklusive Verhältnisse für Kinder unterhalb des Schulalters zu erreichen. Und diese Entscheidung war richtig! Ich möchte das hier nochmal ausdrücklich feststellen! Genauso wie es richtig ist, die Kindpauschale auch auf die Tagespflege zu übertragen. Denn durch die Einführung der Pauschale schaffen wir die Voraussetzung für inklusive(re) Verhältnisse im Kita- und Tagespflegebereich.

Aber: Es war auch richtig, die endgültige Umsetzung um ein Jahr zu verschieben.

Die Erkenntnisse aus dem Monitoringprozess können so besser berücksichtigt werden.

An der Stelle nochmal ganz herzlichen Dank an Rolf Einmahl und die CDU-Fraktion, die meinem Anliegen dazu zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen nachgekommen sind.

Neben diesem eher spektakulären Thema möchte ich noch ein anderes Feld – nicht so populär, aber nicht weniger wichtig – ansprechen.

Die Bundesinitiative Frühe Hilfen wird in NRW durch die Landeskoordinierungsstelle beim Jugendministerium bearbeitet. Da gibt es Geld für die Koordination von Netzwerken Früher Hilfen für jede Kommune; nicht viel Geld, aber verlässlich und ermöglicht so mit den Frühen Hilfen den ersten Baustein einer Präventionskette von Teilhabe und Bildung zu gestalten: für alle Kinder, Jugendlichen und Familien und vor allem für die, die von der Teilhabe am sozialen Leben und an Bildung weitestgehend ausgeschlossen sind. Damit haben wir im LVR auf unsere Initiative hin mit den Programmen „Neff – Netzwerke Frühe Förderung“ und dem aktuellen Programm „Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ schon weit vor der Bundesinitiative viel Erfahrung gesammelt. Zur Zeit werden 39 rheinische Kommunen durch finanzielle Förderung, intensive Beratung und Förderung unterstützt. Wir haben im Koalitionsvertrag die Arbeit der Koordinationsstelle Kinderarmut besonders betont und deren Sicherung und Ausweitung vereinbart. Wichtig: denn nach den neuesten Studien bleibt uns das Problem von Armut und fehlender Teilhabe insbesondere bei Kindern und Jugendlichen trotz aller Bemühungen leider erhalten.

Zum Bereich Jugend – insgesamt - herzlichen Dank an den Dezernenten, Herrn Lorenz Bahr, der meines Erachtens jetzt dort ist, wo er seine Qualifikation sicherlich am allerbesten unter Beweis stellen kann.

Abschließend eine persönliche Anmerkung:

Die SPD-Fraktion hat bis Sommer 2014 zehn Jahre lang gut und aus meiner Sicht erfolgreich gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der sog. Gestaltungsmehrheit gearbeitet ... und ... kein Geheimnis ... wir hätten diese Arbeit auch weiter fortgesetzt.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl (die SPD hatte als einzige der beteiligten Parteien zugelegt) ergaben keine stabile Mehrheit.

Es liegt doch auf der Hand, dass eine Partei wie die SPD, die seit Jahrzehnten immer an der politischen Gestaltung im LVR mitgewirkt hat und in der Verwaltungsspitze sowie der politischen Repräsentation immer führend vertreten war und ist, dass diese Partei dann das Angebot eines anderen möglichen Koalitionspartners annimmt zu Sondierungsgesprächen, um ihre politischen Ideen gemeinsam stabil umsetzen zu können.

Dass die „alten“ Partner dann enttäuscht sind, gar sauer, ist noch nachvollziehbar, aber es ist auch politischer Alltag. Auch der SPD ist der erste Schritt auf die neuen Partner zu nicht leicht gefallen.

Aber, und dafür sind wir dankbar, der Ablöseprozess wurde uns durch einen unserer „Alt-Partner“ erheblich erleichtert.

Was ein rheinischer Multifunktionär über die sozialen Netzwerke an Verleumdungen und Schmähungen auskübelte, spricht für ihn.

Es ist nunmal so, man bekommt nie alles im Leben, auch nicht bei Koalitionsverhandlungen, aber nirgends zeigt sich der Charakter eines Menschen oder einer Gruppe so klar und deutlich, als an den Reaktionen darauf wenn Er/Sie nicht das bekommen, was er/sie denn gerne hätten.

Da hat die SPD-Fraktion/habe ich viel gelernt, das hat bisherige Beziehungen geklärt und das hat uns insgesamt gestärkt. Danke dafür - dass es auch anders geht -, danke an die FDP-Fraktion (Lars Effertz, Hans-Otto Runkler) für Ihr faires Verhalten.

Bleibt mir zum Schluss zu danken,

- der CDU-Fraktion mit Rolf Einmahl und Frank Boss, mit denen wir ausgesprochen gute, faire Sondierungsgespräche geführt haben, die dann in einen Koalitionsvertrag gemündet sind, der von 30 Kollegen/Kolleginnen beider Fraktionen erarbeitet wurde und nicht nur in Sachen „Schaffung inklusiver Verhältnisse“ seinesgleichen sucht. Die große Koalition hat in ihren Koalitionsverhandlungen nach dem altrömischen Verhandlungsprinzip „Divide et Impera“ (teile und herrsche) sowohl die Verwaltungsspitze mit der Besetzung von drei vakanten Dezernatsleitungen gestärkt als auch die politische Repräsentanz während der laufenden Wahlperiode geteilt, d.h., wir übernehmen gemeinsam die Verantwortung der politischen Gestaltung für die Wahlperiode bis 2020.
- Danke an Renate Hötte für Ihren Einsatz und Ihre gute Arbeit gemeinsam mit Guido Soethout und dem gesamten Team der Kämmerei, die uns einen soliden Haushaltsentwurf vorgelegt haben, dem wir hier heute gerne zustimmen werden - natürlich ergänzt um unsere Anträge.
- Danke meiner Fraktion, für die sehr lebendigen und kreativen Haushaltsberatungen,
- Danke dem Verwaltungsvorstand insgesamt für seine gute Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit, auch bislang schon und künftig mit dem Ersten Landesrat Reiner Limbach, über dessen Mitwirken im Verwaltungsvorstand ich mich sehr freue.
- Und natürlich Danke an Ulrike Lubek an der Spitze der Verwaltung, die bis Ende dieser Woche so „nebenbei“ auch noch das Dezernat „Schulen“ leitet, für ihren fachlich ausgezeichneten, beispielhaft-unermüdlichen und charmanten Einsatz für den Verband und damit für das Wohlergehen der Menschen im Rheinland.
- und Danke an Thomas Böll und Leila Soumani, die mit großem Engagement, mit Herz und Verstand diese SPD-Fraktion und ihre Gestaltungskraft entscheidend mitprägen.

„Qualität für Menschen“, dafür steht die SPD-Fraktion im LVR und dafür stehe ich!

Ihnen allen Danke für's Zuhören!